

Pressemitteilung
Nr. 169/2020
Kiel, 15.09.2020

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Gleiche Chancen für alle - Schulen mit Laptops und Tablets ausstatten

Zur heutigen Berichterstattung über die mangelhafte Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Laptops und Tablets erklären Jette Waldinger-Thiering, bildungspolitische Sprecherin des SSW im Landtag, Dr. Susanna Swoboda, Bildungspolitische Sprecherin der SSW-Ratsfraktion Kiel und Marcel Schmidt, Vorsitzender der SSW-Ratsfraktion Kiel:

Die Hälfte des tatsächlichen Bedarfs an Endgeräten, also Laptops oder Tablets für Schülerinnen und Schüler, kann in Kiel nicht gedeckt werden. Damit steht Kiel nicht allein. Vielen Kommunen in Schleswig-Holstein geht es ähnlich. Die Frage, ob Kiel seinen Bedarf rechtzeitig erhoben und angemeldet hat, ist nicht ganz unberechtigt. Ein Antrag des SSW und der CDU im Kieler Rathaus, der mehr Tempo in dieser Angelegenheit angemahnt hat, wurde von der Mehrheitskooperation im Kieler Rathaus fahrlässig abgelehnt. Das kann nach unserer Auffassung von Jamaika aber nicht als Alibi benutzt werden, um die eigene Untätigkeit zu bemänteln. Die finanziellen Mittel für die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Endgeräten sind insgesamt zu knapp bemessen und müssen dringend aufgestockt werden. Das belegen die Zahlen über die Ausstattungslücken in vielen anderen Kommunen in Schleswig-Holstein. Es muss aufhören mit dem Mikado im Bildungsbereich. Keiner Schülerin und keinem Schüler ist geholfen, wenn sich Land und Kommune gegenseitig die Schuld für die mangelhafte Ausstattung mit



Endgeräten in die Schuhe schieben. Der SSW fordert vom Land eine Aufstockung der Mittel für die Ausstattung mit Endgeräten und eine engagierte Umsetzung der Bedarfsermittlung, Anforderung der Geräte und der anschließenden Ausstattung der Schülerinnen und Schüler durch die Kommunen.

Darüber hinaus weisen wir darauf hin, dass Land und Kommunen sich auch gemeinsam Gedanken darüber machen müssen, wie für die Schülerinnen und Schüler mit ihren Endgeräten der Online-Zugang zu den Lernplattformen sichergestellt wird, damit keine Schülerinnen oder Schüler abgehängt werden.

